

Basel, 17. Februar 2010

Gleiche Massstäbe für alle! Keine Sonderstudiengebühren für ausländische Studierende.

Stellungnahme der skuba

//verabschiedet am 10.02.2010, als dringliche Stellungnahme nach §34 des Statuts Absatz 3//

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Basler Zeitung von heute, dem 10. Februar 2010 haben wir entnommen, dass Oswald Inglin (CVP-BS) und Christian Steiner (CVP-BL) im Grossrat bzw. Landrat in diesen Tagen einen Anzug einreichen werden, welcher die Studiengebührenerhöhung für AusländerInnen an der Universität Basel fordert.

Die angestrebte Erhöhung erschwert ausländischen Studierenden den Zugang zu einem Universitätsstudium und widerspricht dem Prinzip der Chancengleichheit in der tertiären Bildung. Chancengleichheit und Mobilität sind wichtige Grundsätze der Bologna-Deklaration, ihre Umsetzung ist anzustreben.

Der Anzug wird dadurch begründet, dass die Kosten für ausländische Studierende vom Bund und dem betreffenden Universitätskanton getragen werden müssen. Diese Problematik ist der skuba bekannt, sie ist jedoch der Meinung, dass die Abwälzung dieser Kosten auf Studierende **keine sinnvolle Alternative** darstellt. Vielmehr muss auf staatlicher bzw. regionaler Ebene eine Lösung ausgehandelt werden die eine sinnvolle Kostenbeteiligung vorsieht (konkret betrifft dies vor allem Deutschland, respektive Baden-Württemberg). Die freie Wahl des Studienortes ist in der Schweiz gegenwärtig noch weitgehend gewährleistet und sollte für alle Studierenden, auch für jene, die ihr Maturitätszeugnis in einem anderen Land erworben haben, oder in einem anderen Land wohnhaft sind, erhalten bleiben. Ausländische Studierende sind für die Universität Basel eine Bereicherung und ein Indikator für die hohe Qualität ihrer Studiengänge!

Zum Ausmass der Studiengebührenerhöhung äussert sich Oswald Inglin nur vage: Ausländische Studierende sollten sich „substantiell an ihren Studienkosten beteiligen“, doch „das Studieren in der Schweiz soll attraktiv bleiben“. Angesichts der Tatsache, dass Kostendeckung durch individuelle Studiengebühren nicht möglich ist – wie auch Inglin einräumt – entsteht der Eindruck, dass die Studiengebührenerhöhung für ausländische Studierende vor allem den Zweck verfolgt, den betreffenden Studierenden den Zugang zur Universität Basel zu erschweren. Dem Budget der Universität käme eine Erhöhung nur marginal zu Gute. Der heutige Anteil der Studiengebühren (die CHF 1400 pro Jahr betragen) am Budget der Universität beträgt 3.5%, durch die Verdoppelung der Gebühren für die von Rektor Loprieno genannten 18%

skuba Studentische Körperschaft
der Universität Basel

Petersgraben 1
CH-4003 Basel

Tel. +41 (0)61 267 30 06
Fax +41 (0)61 267 33 90

Email: skuba@unibas.ch
<http://www.skuba.ch>

Studierender mit ausländischem Maturitätszeugnis würde beispielsweise die Budgetdeckung durch individuelle Studiengebühren nach wie vor weniger als 5% betragen.

Aufgrund der Tatsachen, dass der Inhalt dieses Anzuges den Bestrebungen von Bologna widerspricht, den in Basel geförderten Austausch unter den Universitäten im Hochrheingebiet (EUCOR) behindert, für viele Studierende gravierende Folgen hat und die Trägerkantone der Universität finanziell kaum entlasten wird, steht ihm die skuba sehr kritisch gegenüber.

Zugangsbeschränkungen und Diskriminierungen bestimmter Studierendengruppen sind der falsche Weg, um Probleme in der Hochschulfinanzierung zu lösen!

Mit freundlichen Grüßen

Im Namen der skuba

Lea Meister

skuba-Vorstand Unipolitik extern
(in Absprache mit dem Ratspräsidium)

Kontakt: Lea Meister, 076 323 04 17, Politik-extern-skuba@unibas.ch

